Das Volksbegehren „durchgekommen"

Hugenberg bereitet auf die neue Niederlage vor — Die eigenen Wähler machen nicht mit

Berlin, 4. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Das endgültige Resultat des „Volksbegehrens" steht immer noch aus; zwar weiß man jetzt, daß die notwendigen 10 Prozent erreicht sind. Nach der Hugenbergpresse zu urteilen, werden die sechsundzwanzig Parteien ihre Aktion fortsetzen. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß das Gesetz über das „Volksbegehren", das vom Reichstag abgelehnt werden wird, nicht vor Ende Januar vor den Reichstag kommen dürfte, so daß im Februar oder März der „Volksentscheid" folgen wird.

Mit einer, wenn auch nur **ganz knappen, Mehrheit** ist das Volksbegehren durchgegangen. Man merkt der Hugenberg-Presse aus jeder Zeile die Ueberraschung über den selbst bei ihr kaum mehr erwarteten „Sieg" an. **Gemessen an den Reichstagswahlziffern der am Volksbegehren beteiligten Parteien ist das Ergebnis trotz der Erreichung der Mindestziffer katastrophal.** Selbst bei sehr parteiischer Schätzung hätten Nationalsozialisten und Deutschnationale zusammengenommen erheblich mehr als 6 Millionen aufbringen müssen, wenn sie auch nur einigermaßen die angekündigte „breite Volksbewegung" hätten auslösen wollen.

Vor dem **Reichsausschuß** steht nun die peinliche Entscheidung über Durchführung oder Verzicht auf den Volksentscheid. An die Möglichkeit, die erforderlichen 20 Millionen Stimmen aufzubringen, glaubt selbstverständlich niemand. Es kann sich also nur um eine äußerst kostspielige reine Agitation handeln. Sehr bezeichnend ist die Stellungnahme der **„Deutschen Zeitung"** von gestern abend, die im Gefühl der hoffnungslosen Minderheit ihrer Anhänger schreibt:

„Wir überlassen es den Anbetern der Masse, ihre geschichtswidrigen Sicherheitsrechnungen der bekannten 51 Prozent in das politische Leben zu übertragen. Die denkenden Männer selbst im demokratischen Lager müssen sich darüber im klaren sein, daß vier Millionen entschlossene Menschen eine Macht sind, die nur Dummheit oder Verlogenheit aus der Welt reden kann. In der Geschichte aller Völker und Zeiten genügten kleinere Scharen tatbereiter Männer, ihrem Willen Geltung zu verschaffen."

Und die Hugenbergsche „Nachtausgabe" proklamiert den Volksentscheid, bei dem eine „möglichst große Zahl von Stimmen" aufgebracht werden müsse.

„Denn je höher die Stimmen über dem Ergebnis des Volksbegehrens liegen, um so sicherer ist der Beweis dafür, daß die Regierung beim Volksbegehren durch Terrormaßnahmen die freie Entscheidung verhindert hat."

So schafft man sich im voraus das **Alibi für die nächste Niederlage.**

Die politische Doppelzüngigkeit der am Volksbegehren beteiligten Parteien ist die Hauptursache für das klägliche Ergebnis. Die **Deutschnationalen**, die seinerzeit durch ihre berühmte Halb-und-Halb-Abstimmung die Annahme des Dawesplanes erst ermöglichten, und deren Presse nach der zweiten Erklärung Hindenburgs den berüchtigten Paragraphen 4 des Volksbegehrens auf einmal nicht zum Youngplan bezogen haben wollte, und die **Nationalsozialisten, diese ausgehaltenen Knechte des Unternehmertums, — sie haben nie an einen ernsthaften Kampf gegen den Youngplan gedacht, wie sie es zum Ueberfluß erst kürzlich im Thüringer Landtag durch die Ablehnung eines entsprechenden kommunistischen Antrages bewiesen haben.**

Die Fesseln des Youngplanes, die doppelte Ausbeutung durch das internationale und das deutsche Kapital werden und können die werktätigen Massen nur unter **der Führung der Kommunistischen Partei, nur durch die siegreiche Eroberung der Macht, nur durch die Diktatur des Proletariats sprengen.**

Braunkohlenkönige finanzieren Stahlhelm

Die Müller-Regierung hat soeben wieder eine Preiserhöhung für Braunkohle gestattet. Dabei schwimmen die Braunkohlenmagnaten in Riesenprofiten und finanzieren den Faschismus mit ungeheuren Summen.

Der Vorwärts vom 1. November muß mitteilen, daß der „Stahlhelm", die Deutschnat. Partei und die Nationalsozialistische Partei seit Jahren vom ostelbischen Braunkohlensyndikat große Subventionen erhalten. Insgesamt dürften die Zuwendungen in den letzten Jahren den Betrag von 2 Millionen Mark bei weitem überschritten haben. Die Zahlungen sollen aus einem sogenannten „Reptilienfonds" erfolgen, der von dem Generaldirektor Scubel und einem Oberstleutnant a. D. Kersten verwaltet wird. Der Vorwärts verschweigt aber, daß im ostelbischen Braunkohlensyndikat auch ein Direktor Friedrich Waldbecker, früherer 2. Vorsitzender im Verband der Bergbauindustriearbeiter, sitzt.

Der Vorwärts und die sozialdemokratische Presse sagt ja immer, daß das Hineinwachsen von Gewerkschaftsbürokraten in die Direktorenstellen der Syndikate im Interesse der Arbeiterschaft geschähe und den Sozialismus fördere. Hat Friedrich Waldbecker, der sozialdemokratische Direktor im ostelbischen Braunkohlensyndikat durch Subventionen der Deutschnationalen und der Nationalsozialistischen Partei und des Stahlhelms den Sozialismus gefördert, oder hat der Direktor Friedrich Waldbecker von diesen Korruptionen nichts gewußt? Wir können schlecht annehmen, daß das ostelbische Braunkohlensyndikat Millionen herausgeben kann, ohne daß sein Direktor Waldbecker davon unterrichtet ist oder sich nicht unterrichten kann.

Durch den Eintritt des früheren Verbandsvorsitzenden Waldbecker in das ostelbische Braunkohlensyndikat sollten besonders die Wünsche der Braunkohlenbergarbeiter wahrgenommen werden. Nun erklären die Grubenherren bei der jetzigen Lohnbewegung der Braunkohlenbergarbeiter, daß sie nicht in der Lage seien, irgendwelche Lohnerhöhungen zu zahlen, da es dem Braunkohlenbergbau so schlecht ginge. Der Vorwärts teilt nun mit, daß die aus den Knochen der Braunkohlenkumpels herausgeschundenen Millionen als Subventionen in die Taschen des Stahlhelms und der Nationalsozialisten fließen. Ist das der Erfolg des sozialdemokratischen Syndikatsdirektors? Was wird nun der sozialdemokratische Direktor des Braunkohlensyndikats tun? Gar nichts im Interesse der Bergarbeiter. Er wird weiter mitbeten, die Braunkohlenkumpels ausbeuten und die Ausbeute zum Teil an die Deutschnationalen, den Stahlhelm und die Nationalsozialistische Partei verteilen.

Die Bergarbeiter können hieraus aber wiederum einmal ersehen, in welcher Weise sie durch die sozialfaschistische Korruptionspolitik betrogen werden. Besonders die mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter müssen hieraus den Schluß ziehen und auch gegen den Willen der reformistischen Bürokratie den Lohnkampf am 1. Dezember vorbereiten und durchführen. Die beste Antwort an die Grubenbarone und an die sozialfaschistische Bürokratie ist die Durchführung des Streiks am 1. Dezember für die berechtigte Lohnerhöhung um 2 Mark pro Kopf und Schicht.

Genosse Max Lehmann, Meißen, sammelte allein 31,50 Mk. Genossen, macht's nach!

Genosse Hauk in Jugoslawien ermordet

Die jugoslawischen Henker setzen ihr blutiges Werk fort. Genosse Hauk, Mitglied des Ortskomitees der KP Jugoslawiens in Osijek, wurde im Osijeker Gefängnis nach grausamen Folterungen ermordet.

Ende Juli und nach der Aktion am 1. August wurden in Osijek Massenverhaftungen vorgenommen. Mehr als sechzig Genossen wurden damals verhaftet. Die Polizei vermutete, daß Genosse Hauk, der sich unter der ersten Gruppe der Verhafteten befand, Sekretär einer Bezirksorganisation in Osijek sei. Ein Brief, den die verhafteten Genossen aus dem Gefängnis schickten, enthält folgende Einzelheiten der Ermordung des Genossen Hauk:

Die Gebrüder Schimitsch, Todor Stark, Fleto, Nikchitsch, Popatschi, Hauk, Anton Salaj, Tschitscha und Antichitsch wurden besonders gefoltert. Die wurden durch verschiedene Methoden gefoltert, hauptsächlich aber durch Schläge. Man hat die Genossen gefoltert, dann eine Pause gemacht und von den Genossen verlangt, Aussagen zu machen. Nachdem Hauk einige Male gefoltert wurde, wurde er in die Zelle gebracht, wo früher Schimitsch, Rudolf, Korikt und Friedmann waren. Sie haben Hauk gesehen, sein Gesicht war blutüberströmt, und er konnte nicht gehen und wurde von zwei Agenten getragen. Nach vier Stunden haben ihn dieselben Genossen aus ihrer Zelle im Gefängnishof gesehen. Er wurde von dem Polizeibeamten Benjaminowitsch zum Spaziergang „geführt". Hauk war ganz mit Blut besudelt, vollkommen zusammengebrochen und machte den Eindruck eines Irrsinnigen. Am zweiten Tage, d. h. am 29. August, nachmittags 5 Uhr, wurde der Arbeiter Tschitscha vor den Polizeichef Dr. Maßowitsch geführt und dort einem Verhör unterworfen. Während dieses Verhörs kam Benjaminowitsch ins Zimmer und fragte seinen Chef, was er mit Hauk machen solle. Dr. Maßowitsch hat darauf geantwortet: „Führt ihn in mein Zimmer und Ihr wißt, was Ihr mit ihm machen sollt." Nach einigen Minuten kam der Polizeihund Benjaminowitsch wiederum ins Zimmer und teilte mit, daß Hauk sich angeblich vom dritten Stock herabgestürzt habe. Das war nicht möglich, weil Hauk gefesselt war, außerdem konnte er kaum stehen und gehen, und in dem Zimmer befanden sich der Polizeibeamte Benjaminowitsch und der Polizeiagent Tschabritsch. Neben diesen beiden Polizeihunden haben sich bei den Folterungen in Osijek noch besonders Morowitsch, Bernat, Vujitsch und Vajitsch hervorgetan.

Man verlangte von Hauk, daß er die Namen aller Mitglieder der Bezirksorganisation mitteilen und gleichzeitig der Polizei das Archiv des Osijeker Kreissekretärs der Partei mit allen Adressen und Verbindungen mit der Provinz und den Dörfern angeben solle. Genosse Hauk erklärte, daß er wirklich ein Mitglied des Kreiskomitees wäre, daß er im Besitz des Parteiarchivs und aller Adressen sei, daß die Polizei jedoch von ihm nicht erfahren werde, wo sich das Archiv befindet. Daraufhin setzten die ungeheuerlichsten Folterungen ein.

Seine grenzenlose Treue zur Revolution, seine feste Verbundenheit mit der Partei und seine vorbildliche Opferbereitschaft mußte Genosse Hauk mit seinem Leben bezahlen.

Englands Knecht Habib Ullah erschossen

Berlin, 4. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie aus London berichtet wird, soll der frühere Herrscher Afghanistans, Habib Ullah, der Aman Ullah gestürzt hat, auf Befehl des kürzlich zum König ausgerufenen Nadir Khan mit 11 Leuten seiner Gefolgschaft erschossen worden sein.

Offene Rüstungen der Heimwehren

Unter reformistischem Schutz

Wien, 4. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie die „Welt am Montag" berichtet, haben in Graz und links der Donau die Heimwehren Beschlüsse gefaßt, überall faschistische Arbeiterorganisationen unter staatlicher Leitung zu bilden. Ein weiterer Beschluß verlangt die Sprengung aller sozialistischen Versammlungen durch Stoßtruppe der Heimwehren. Während die Heimwehren diese Beschlüsse fassen, treten die sozialdemokratischen Führer Oesterreichs für die Abrüstung des Proletariats und für das Verbleiben der Faschisten in den Betrieben ein.

Wie Wissell die Kinderspeisung hintertreibt!

Wie noch in Erinnerung ist, haben die Sozialdemokraten in Einheitsfront bis zu den Deutschnationalen den kommunistischen Antrag auf Einsetzung von 5 Millionen für Kinderspeisung in den Etat abgelehnt. Die Empörung der gesamten Arbeiterschaft über diesen Schurkenstreich war um so größer, weil zu gleicher Zeit mit den Stimmen der sozialdemokratischen Minister die zweite Rate für den Panzerkreuzer A. über 9 Millionen Mark, bewilligt wurde. Aus der Suche nach einem Mittel, um diese Empörung der Arbeiter zu dämpfen, kamen ausgerechnet die Zentrumsabgeordneten auf den Plan, einen Antrag einzubringen, in dem es heißt, daß aus den Mitteln der Landesversicherungsanstalten Summen für die Kinderspeisung eingesetzt werden sollten. Trotzdem die Sozialdemokraten wußten, daß es sich bei diesem Antrag um eine Täuschung handelte, machten sie diesen Schwindel mit.

Da bis Mitte Oktober von einer Auszahlung an Geldern für die Kinderspeisung noch nichts bekannt war, fragte die kommunistische Reichstagsfraktion beim Arbeitsministerium an, wie es mit der Ausführung des angenommenen Zentrumsantrages stände. Unter dem 28. Oktober ging folgende Zuschrift des Reichsarbeitsministers an die kommunistische Reichstagsfraktion ein:

„Die Anfrage Nr. 48 der Abgg. Stoecker und Genossen wird wie folgt beantwortet:

Die Verhandlungen mit dem Reichsverband deutscher Landesversicherungsanstalten und dem Zentralausschuß für Auslandshilfe (Abteilung für Kinderspeisung) über Bereitstellung von Mitteln für Kinderspeisung aus den auf Grund des § 7 des Gesetzes über Zolländerungen vom 17. August 1925 für Zwecke der Invalidenversicherung zur Verfügung gestellten Mitteln sind abgeschlossen. Die Verteilung der Mittel wird Anfang November d. J. erfolgen. Ueber die Höhe des Betrages werde ich eine ergänzende Mitteilung folgen lassen."

Diese Antwort, so diplomatisch sie gehalten ist, verrät, daß tatsächlich bisher noch nicht ein Pfennig vom Reichsarbeitsminister Wissell für die Kinderspeisungen ausgegeben ist. Um sich herauszureden, erklärt Wissell, daß die Verhandlungen jetzt erst abgeschlossen seien. Bei den Verhandlungen um die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung hat es Wissell eiliger gehabt, und auch sein Parteifreund, der Finanzminister Hilferding, beeilt sich stürmisch, sein Steuersenkungsprogramm für die Besitzenden fertigzustellen. Es ist aber geradezu eine Unverschämtheit, wenn Wissell mitteilt, daß er **über die Höhe des Betrages für die Kinderspeisung noch nichts sagen kann. Wenn die Verhandlungen tatsächlich abgeschlossen sind, dann stände nichts im Wege, den Betrag anzugeben. Wer glaubt, daß Anfang November die Verteilung der Mittel erfolgt, wenn am 28. Oktober noch keine Angaben über die Höhe der Mittel gemacht werden können? Auch hier handelt es sich lediglich um eine faule Ausrede. Wissell will vor den Kommunalwahlen, bei denen gerade die Kinderspeisung eine große Rolle spielt, nicht eingestehen, daß er bisher nichts getan hat und in Zukunft auch nichts tun wird, trotzdem die Not und der Hunger der Kinder in diesem Jahre weit größer und schlimmer wird als in den vergangenen Jahren.**

Diese Tatsachen müssen überall den Sozialdemokraten in den Gemeinden um die Ohren geschlagen werden, denn ihre Minister sind die Hauptverantwortlichen für den Hunger der Arbeiterkinder.

Drei Revolutionskundgebungen

★ am 7. November
Annensäle
Hammers Hotel
Orpheum

20 Uhr

Vorher Fackelzüge / Zeitpunkt wird noch bekanntgegeben

Redner: Rädel, Siegel, Sindermann

Mitwirkende: Rote Rakeln, Blaue Blusen, Rote Trommler

Jungwählerkundgebung

am 6. November, 19,30 Uhr, im Keglerheim Friedrichstraße

Um die Opfer des Gastonia-Prozesses

Gastonia, 1. November 1929.

Für die im Gastonia-Prozeß Verurteilten sind die Kautionen aufgebracht worden, doch unternehmen die Fabrikbesitzer Machinationen, um die Freilassung zu verhindern. Der Gefangene Hendrys ist ernstlich erkrankt. Die Berufung beim Obersten Gerichtshof des Staates wird wahrscheinlich zurückgewiesen werden.

•

Die Kommunistenverfolgungen in den Vereinigten Staaten

Neuyork, 1. November 1929.

Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten verwarf die Berufung von drei Kommunisten, die wegen Aufreizung zu fünf Jahren Gefängnis und 500 Dollar Geldstrafe auf Grund von Angaben eines Spitzels des Stahltrustes verurteilt worden waren. Die Verurteilung erfolgte wegen Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei und wegen Besitzes kommunistischer Literatur.

Vom Tage

Ein Schnellzug überfährt 7 rumänische Streckenarbeiter

TU Berlin. Berliner Blätter berichten aus Wien: Wie aus Bukarest gemeldet, ist der Schnellzug Konstanz–Bukarest bei der Station Urzica in eine Gruppe von Streckenarbeitern hineingefahren. Sechs Arbeiter wurden sofort getötet und einer ist schwer verletzt worden. Der Lokomotivführer hat das Unglück überhaupt nicht bemerkt. Erst als der D-Zug in Bukarest hielt, bemerkte man an der Lokomotive starke Blutspuren, worauf man durch telegraphische Anfrage von dem Unglück Kenntnis erhielt. Die Streckenarbeiter dürften infolge dichten Nebels das Herankommen des Zuges nicht bemerkt haben.

Sehr nützliches Großfeuer

TU Paris. Das Polizeipräsidium in Chalons sur Marne ist in der Nacht zum Freitag von einem Großfeuer heimgesucht worden. 300 Soldaten und 200 Studenten beteiligten sich zusammen mit der Feuerwehr an den Löscharbeiten, konnten aber nicht verhindern, daß ein Teil des Gebäudes vernichtet wurde. Neben großem Materialschaden ist auch die Zerstörung wichtiger Akten zu verzeichnen. In den frühen Morgenstunden des Freitag war die Feuerwehr noch immer mit den Löscharbeiten beschäftigt.

Knaben im Sand verschüttet

Regensburg. In einer Sandgrube bei Altfraunhofen wurden drei spielende Knaben im Alter von acht bis zehn Jahren von Sandmassen verschüttet. Ein vierter Knabe lief weg und meldete das Unglück. Als man die Verschütteten ausgrub, waren zwei bereits tot; der dritte Junge wurde noch lebend geborgen, starb aber bald darauf.

Witterungsaussichten: Zunächst etwas Bewölkungsverminderung, später im Laufe des morgigen Tages wieder Aufkommen verstärkter Bewölkung und zum Ende des Tages und übermorgen Niederschlagsneigung. Temperaturverhältnisse wenig geändert, jedoch bevorstehende Nacht örtlich leichter Frost. Flachland schwache, Gebirge mäßige bis frische Winde aus westlicher Richtungen.